

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Bildungsausschuss

16. WP - 56. Sitzung

Informationsreise des Bildungsausschusses nach Polen
von Montag, den 1. September, bis Freitag, den 5. September 2008

Anwesende Abgeordnete

Sylvia Eisenberg (CDU)

Vorsitzende

Heike Franzen (CDU)

Susanne Herold (CDU)

Wilfried Wengler (CDU)

Hans Müller (SPD)

Detlef Buder (SPD)

Dr. Henning Höppner (SPD)

Angelika Birk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

Informationsreise des Bildungsausschusses nach Polen

Montag, 1. September 2008

Der Bildungsausschuss fliegt morgens mit Lufthansa in Hamburg infolge eines Gewitters mit einer Stunde Verspätung ab und verpasst den Anschlussflug in Frankfurt. Von Frankfurt werden die Ausschussmitglieder nach München umgeleitet und von dort weiter nach Polen. Statt wie geplant um 13 Uhr kommen die Abgeordneten erst um 20 Uhr in Breslau an.

Dort empfängt Generalkonsul Dr. Schöps die Bildungspolitiker im Deutschen Generalkonsulat und macht sie mit den Gesprächsteilnehmern der kommenden Tage bekannt.

Dienstag, 2. September 2008

Zunächst führen die Ausschussmitglieder ein Gespräch im Marschallamt der Wojewodschaft Niederschlesien mit Vizemarschall Piotr Borys und Zbigniew Piotrowicz, Vorsitzender des Bildungsausschusses des Sejmiks von Niederschlesien. Direktor Dariusz Kowalczyk berichtet über die Fußball-Europameisterschaft 2012 in Polen und in der Ukraine. Beim Ausbau der Infrastruktur liege Polen - im Gegensatz zur Ukraine - gut im Zeitplan.

Sodann stellt Direktor Zenon Tagowski das polnische Bildungssystem vor: Mit sechs Jahren absolvieren alle Kinder ein Vorschuljahr, danach besuchen sie sechs Jahre die Grundschule und dann drei Jahre die weiterführende Schule („Gymnasium“). Mit 16 Jahren entscheiden sich die Jugendlichen, ob sie drei Jahre das Lyzeum besuchen, das mit einem Zentralabitur (Hochschulzugangsberechtigung) abschließt, oder den Weg der beruflichen Bildung einschlagen wollen. 60 % der Schülerinnen und Schüler in Polen haben Abitur. Das Überspringen von Klassen ist möglich, Klassenwiederholungen in der Grundschule gibt es nicht.

Vormittags führt der Ausschuss außerdem Gespräche im Praktischen Lehrzentrum in Breslau. Iwona Bugajska, stellvertretende Direktorin der Bildungsabteilung der Stadtverwaltung Breslau, berichtet über Stipendienprogramme für begabte Jugendliche, Anna Chołodecka, Direktorin des Praktischen Lehrzentrums in Breslau, über Fortbildungs- und Berufsbildungspro-

gramme. Eine duale Berufsausbildung gibt es in Polen nicht, sondern allein der Staat ist für die berufliche Bildung, die zwei oder drei Jahre dauert, zuständig. Herausforderungen des polnischen Bildungssystems seien die demografische Entwicklung und Anforderungen des Arbeitsmarktes.

Nachmittags besichtigt die Delegation die Jugendbegegnungsstätte in Kreisau und führt ein Gespräch mit der Stiftung Kreisau.

Abends beim Gespräch mit Vertretern der Deutschen Minderheit geht es um die Situation der Deutschen Minderheit in Polen. Renate Zajązkowska, Vorsitzende der Deutschen Sozial-Kulturellen Gesellschaft Breslau, erläutert die Aufgaben der Gesellschaft, die in Breslau 1.200 Mitglieder umfasse. Man erteile Deutschunterricht für Kinder, Jugendliche und Erwachsene, betreue zwei Kindergärten und eine Grundschule und helfe insbesondere älteren armen Menschen. Die Deutsche Minderheit sei mit circa 200.000 Menschen die stärkste Minderheit in Polen und mit einem Abgeordneten im polnischen Sejm, mit mehreren Abgeordneten im Landtag von Oppeln und auf kommunaler Ebene vertreten. Die deutsche Sprache sei wieder im Kommen, vor allem bei den Kindern und Großeltern. Ein großes Problem sei, dass 100.000 junge Polen, insbesondere aus Oberschlesien, ihre Familien verließen und in Deutschland arbeiteten.

Mittwoch, 3. September 2008

Morgens besucht der Ausschuss das XIII. Lyzeum in Breslau. Direktorin Urszula Spalka und Frau Elke Baum stellen ihre Schule und insbesondere die bilinguale Klasse vor. Im Gymnasium erhielten die Schülerinnen und Schüler acht Wochenstunden Deutschunterricht, im Lyzeum sechs Stunden, außerdem würden bestimmte Fächer auf Deutsch unterrichtet. Sodann präsentieren Schülerinnen und Schüler ihre Schule, das DSD II Programm (Deutsches Sprachdiplom) sowie die Zusammenarbeit mit sieben Partnerschulen in Deutschland.

Das Ergebnis der Prüfung am Ende der Grundschule beziehungsweise des Gymnasiums entscheide darüber, an welcher weiterführenden Schule die Schülerin oder der Schüler aufgenommen werde. Hochbegabte Schülerinnen und Schüler würden nach einem Test individuell unterrichtet. In Polen seien 50 Lehrkräfte aus Deutschland tätig, die vom Bundesverwaltungsamt bezahlt würden.

Vormittags besucht der Ausschuss die private Deutsch-Polnische Grundschule. Direktor Robert Sitarek und Stefania Goździk stellen ihre Schule, eine öffentliche Schule in privater Trägerschaft, vor. Die Schulen in privater Trägerschaft erhielten vom polnischen Staat 50 % der Kosten, die beim Besuch von öffentlichen Schulen anfielen. Der Elternbeitrag belaufe sich an der Deutsch-Polnischen Grundschule auf immerhin fast ein Viertel eines durchschnittlichen Nettoeinkommens.

In Polen erhielten die Schülerinnen und Schüler am Gymnasium in der Regel 39 Stunden und am Lyzeum 35 Stunden Unterricht und könnten nachmittags zusätzliche Angebote nutzen, für die oft bezahlt werden müsse. Die Kosten für Schulbücher und Schülerbeförderung müssten grundsätzlich von den Eltern getragen werden.

Nachmittags besucht der Ausschuss die Universität Wroclaw. Professor Adam Jeziarski, Prorektor für Forschung und Zusammenarbeit mit dem Ausland, stellt die Universität vor: Sie bestehe aus zehn Fakultäten. An der Universität seien gegenwärtig 40.000 Studierende eingeschrieben. Die Universität habe neun Nobelpreisträger vorzuweisen.

Frau Małgorzata Gregier-Głowacka, Leiterin der Abteilung für Bildung, referiert über der Bologna-Prozess. Ziel der Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen sei die Vergleichbarkeit der Studieninhalte und die Erhöhung der Mobilität der Studierenden. Der Bologna-Prozess werde bis 2010 nicht abgeschlossen sein. Außerdem berichtet Frau Ewa Solecka über die internationale Zusammenarbeit.

Sodann informieren sich die Ausschussmitglieder im Willy-Brandt-Zentrum über die Funktion des WBZ und die internationale Zusammenarbeit. Aufgabe des Willy-Brandt-Zentrums an der Universität Wroclaw seien die Ausbildung von Studierenden im Bereich Deutschland- und Europastudien sowie interdisziplinäre Forschung und Lehre in Jura, Germanistik, Geschichte, Wirtschafts-, Sozial- und Kommunikationswissenschaften. Ein Projekt sei die Erarbeitung eines neuen gemeinsamen deutsch-polnischen Geschichtsbuches.

Von Professor Maria Piotrowska und Dr. Dariusz Wojtaszyn erfährt der Ausschuss, dass die Zukunft des Willy-Brandt-Zentrums, das teilweise durch die Universität finanziert werde, nach einer Evaluation ungewiss sei.

Abends fährt der Ausschuss mit dem Bus von Breslau nach Posen.

Donnerstag, 4. September

Morgens stellen Rektor Professor Hubert Orłowski, Dr. Sławomir Piontek und Anna Młynarczyk die Privathochschule für Fremdsprachen in Posen vor, die größte Fachhochschule für Fremdsprachen in Polen mit knapp 3.000 Studierenden. Die Fachhochschule erhalte keinen staatlichen Zuschuss, sondern finanziere sich durch Studiengebühren in Höhe von 5.000 Zloty jährlich (circa 1.500 €). Die Studierenden würden teilweise staatlich unterstützt. Demgegenüber sei das Vollzeitstudium an öffentlichen Hochschulen in Polen kostenlos. Von den über 400 Hochschulen in Polen seien drei Viertel nicht staatlich. Die Zahl derjenigen Studierenden, die Deutsch als Fremdsprache lernten, sei bedauerlicherweise rückläufig.

Mittags besucht der Ausschuss das Marschallamt von Großpolen, das etwa so groß ist wie Dänemark. Lech Dymarski, Vorsitzender des Sejmiks von Großpolen, und Wojciech Jankowiak, Vizemarschall der Woiwodschaft Großpolen, führen in die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung Großpolens ein, Mitglieder des Bildungsausschusses des Sejmiks von Großpolen skizzieren Schwerpunkte ihrer Arbeit. Mirosław Drzazga, Vizebildungskurator, gibt einen Überblick über das Bildungssystem in Polen. Elżbieta Leszczyńska, Bildungskuratorin von Großpolen, referiert über Förderprogramme für begabte Schülerinnen und Schüler. Die Unterstützung besonders begabter Schülerinnen und Schüler sei wichtig, werde aber - vor allem aus finanziellen Gründen - viel zu wenig praktiziert.

Nachmittags besucht der Ausschuss das Germanistische Institut der Universität Posen. Direktor Professor Czesław Karolak stellt das Institut und die seit 1975 mit der Universität Kiel bestehende Kooperation vor. Deutsch sei als Schulfach quantitativ zurückgegangen. Für die Aufnahme an die Universität sei allein die Abiturnote entscheidend. Seit das Aufnahmegespräch weggefallen sei, seien die Leistungen der Studierenden deutlich gesunken.

Freitag, 5. September 2008

Der Ausschuss besucht das Berufsschulzentrum in Swarzędz. Direktor Przemysław Jankiewicz, stellvertretende Direktorin Anna Cichocka und Przemysław Wantuch, Direktor der Bildungsabteilung des Landratsamtes Posen, informieren über Berufsbildungsprogramme und Partnerschaftsverträge mit VW und SKF. Die Jugendarbeitslosigkeit sei in der Region Posen kein großes Problem. Besonderen Wert lege man auf persönliche Kompetenzen und das Benehmen der Schülerinnen und Schüler.

Nachmittags fahren die Ausschussmitglieder mit der Bahn von Posen über Berlin und Hamburg zurück nach Schleswig-Holstein.

gez. Sylvia Eisenberg

Vorsitzende

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer